Lokal · Sozial · Engagiert

WORTlaut

Das **Dialogmagazin** *der SPD Vahrenwald-List*

Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Sondierungen, GroKo etc.
- Rückblick auf JHV
- Kinderarmutsbekämpfung

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
GroKo, Tolerierungsvertrag, Minderheits-regierung und die Folgen im Umgang mit der AfD	6
Jubiliarehrung am 28.10.2017	9
Rückblick auf die Jahreshauptversammlung	10
Zu den Sondierungsgesprächen	12
Die Erneuerungen in unserem Stadtbezirk gehen weiter	14
Kinderarmut in Hannover gemeinsam bekämpfen.	16
„Mann in den Wolken“?	18
Termine	19
Kontakte	22

Foto auf dem Umschlag: Infostand am 25.11.

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

Thilo Scholz, OV-Vorsitzender

derzeit treibt uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor allem die Regierungsbildung in Berlin um. Bereits drei Tage vor der Bundestagswahl hatten wir einen internen „Vorratsbeschluss“ gefasst, der sich gegen eine erneute Große Koalition aussprach. Trotz des Scheiterns der Schwarz-Gelb-Grünen Sondierungsgespräche hat sich meiner Meinung nach nichts an der Analyse aus SPD-Sicht geändert: Die SPD hat eine Niederlage historischen Ausmaßes erlitten, weil sie in der Großen Koalition kein klares Profil gewinnen konnte und ihr die Regierungsbeteiligung die Aufarbeitung der Brüche aus dem Regierungshandeln der Schröder-Ära unmöglich machte. Deshalb muss sich die SPD in der Opposition programmatisch und personell erneuern. Sie muss solidarische Antworten auf die Fehlentwicklungen der Globalisierung und die Herausforderungen der Digitalisierung – insbesondere der Arbeitswelt – entwickeln. Martin Schulz Impulse zu den Vereinigten Staaten von Europa gehen da in die richtige Richtung.

All jenen, die der SPD ihre Verantwortung für den Staat entgegenhalten und sie deshalb wieder in die Große Koalition zwingen wollen, sei gesagt: Erstens ist es unredlich, wenn diejenigen, die die SPD vier Jahre lang während der Großen Koalition bestenfalls ignoriert, im Regelfall aber deutlich unter ihren Leistungen bewertet haben, sie an ihre Verantwortung erinnern. Genau jene hätten sich vier Jahre lang an ihre Verantwortung zur Ausgewogenheit erinnern können. Zweitens erleben

wir derzeit eine Krise der Volksparteien. Bei den Unionsparteien kommt diese Entwicklung etwas zeitversetzt, wurde aber mit dem letzten Bundestagswahlergebnis auch sichtbar. Die Krise der Volksparteien kann durch den Verfassungsauftrag der Parteien zu einer Krise der Demokratie an sich werden. Deshalb ist es für die Volkspartei SPD derzeit ihre wichtigste Verantwortung, für ihren eigenen Fortbestand und damit für die Stabilität der Demokratie zu sorgen. Ihren eigenen Fortbestand kann sie nicht in einer Großen Koalition sicherstellen, da müssten wir uns wohl eher um die Existenz der SPD Gedanken machen. Hat sich die SPD in der Opposition erneuert, kann sie einen Wahlkampf mit erneuertem Programm und klaren Alternativen führen – das ist meiner Meinung nach die Verantwortung für Staat und Demokratie, die die SPD jetzt übernehmen muss.

Wie schnell es verantwortungslos werden kann, sehen wir dann, wenn eine Partei sich nicht als Volks-, sondern als Klientelpartei versteht. Die FDP hat sich sowohl im Bund als auch in Niedersachsen der Verantwortung verweigert, obwohl sie – im Gegensatz zur Bundes-SPD – Wahlsiegerin war. In Abgrenzung zu diesem Politikverständnis ist es umso wichtiger, die SPD als integrierende Volkspartei, die den Anspruch hat, mit ihrem Programm alle Teile der Gesellschaft zu erreichen, zu positionieren.

Wir werden uns im Ortsverein sicherlich noch bei diversen Gelegenheiten damit auseinandersetzen, wie eine Bundesregierung arbeiten und unter diesen anspruchsvollen Bedingungen Politik machen kann. Die Begriffe sind genannt, beispielsweise Minderheitsregierung oder Tolerierungsvertrag.

Die rasche Regierungsbildung auf Landesebene haben wir alle verfolgt. Die Große Koalition in Niedersachsen ist außerordentlich bedauerlich und muss

eine Ausnahme bleiben. An dieser Stelle sei noch einmal Michael Höntsch für seine knapp fünfjährige Arbeit im Landtag gedankt und Alptekin Kirci zu seinem Einzug in den Landtag gratuliert.

Ende Oktober fand die Jahreshauptversammlung (JHV) unseres Ortsvereins zwei Jahre nach der erfolgreichen Fusion zum OV Vahrenwald-List statt. In der tagtäglichen Arbeit hat es keine Rolle gespielt, aus welchem Ex-Ortsverein eine Person kam. Vielmehr wurden alle Entscheidungen überprüft nach dem größtmöglichen Effekt für die SPD in unseren Stadtteilen. Insbesondere nach der vielfachen Unruhe in den letzten beiden Jahren war die Harmonie auf der JHV sehr wohltuend und bestätigte den Hinweis unseres alten Fahrensmannes Walter Meinhold, der sinngemäß meinte, personelle Konflikte seien dann zu Ende, wenn die Personalfrage entschieden sei. Schwierig sei es, wenn es inhaltliche Konflikte gäbe, weil man die nicht so einfach beende könne und diese zu Lagerbildung führen könnten. Aber diese Gefahr sei im OV Vahrenwald-List nicht gegeben. In diesem Sinne bedanke ich mich für die rund 93% bei meiner Wiederwahl als Vorsitzender.

Das Jahr 2018 ist ein Jahr ohne Wahlen und Wahlkämpfe. Wir wollen in den nächsten Monaten unseren Beitrag zur programmatischen Erneuerung der SPD nutzen und haben uns dafür das Thema Armutsbekämpfung ausgesucht. Wir wollen intensiv an diesem Thema arbeiten, uns inhaltlich fit machen, Anträge schreiben, Veranstaltungen organisieren und mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen intensiven Dialog treten. Dabei brauchen wir noch viele, die mitmachen. Jede/r kann sich einbringen, den Anfang macht unsere Klausurtagung am 13.01.2018.

Mit solidarischen Grüßen

THILO SCHOLZ

GroKo, Tolerierungsvertrag, Minderheitsregierung und die Folgen im Umgang mit der AfD

Nach der krachend verlorenen Bundestagswahl hat sich die Führungsspitze der SPD schnell festgelegt, dass die SPD für keine weitere große Koalition zur Verfügung steht. (Am Rande: stimmt der Begriff „Große Koalition“ eigentlich noch?) Nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche wandten sich die Blicke aller wieder zur SPD. Das Bild, das die SPD in der Öffentlichkeit in dieser Zeit abgegeben hat, war kein gutes. Unabhängig davon, wie man zu der Frage der großen Koalition steht, erscheint es mir als extrem ungeschickt, diese Diskussion warum auch immer laut über Zeitungsartikel zu führen, Strategiepapiere zu veröffentlichen etc. Es war schon erstaunlich, wer alles meinte, sich laut in der Öffentlichkeit äußern zu müssen.

Ich fand es ebenso verwunderlich, dass viele Stimmen, die mit Sicherheit nicht SPD gewählt haben, nun gerade so taten, als ob es die Pflicht der SPD wäre, wieder in eine Koalition mit der CDU einzutreten, Thilo ist hierauf in seinem Editorial bereits eingegangen. Seltsamerweise habe ich von denselben Personen in Bezug auf die FDP nichts Ähnliches vernommen (oder in Bezug auf den angeblichen Grund für das Scheitern der Jamaika-Gespräche, den Solidaritätszuschlag).

Die letzten Monate haben meines Erachtens aber gezeigt, dass man Gedankenspielen über andere Arten der Zusammenarbeit im Bundestag nachgehen kann und sollte. Der Bundestag hat in den letzten Wochen durchaus gearbeitet und die Fraktionen haben eigene Vorhaben eingebracht und diese wegen fehlender fester Mehrheiten mit den anderen Fraktionen diskutiert. Mehrheiten haben sich gefunden oder eben nicht. Die Welt scheint mir dadurch nicht untergegangen zu sein.

Gleichzeitig ist es richtig, dass eine stabile Regierung so auf Dauer nicht arbeiten kann.

Aber eine stabile Regierung lässt sich durchaus auch durch eine Minderheitsregierung mit Duldung durch die SPD **oder andere** Parteien bilden. Ebenso gibt es die Möglichkeit, dass einige Vorhaben oder außenpolitische Themen zwischen den Beteiligten einer Kooperation verbindlich besprochen werden und andere Themen frei diskutiert werden und es dann eben einmal in Sachfragen strittige und offene Entscheidungen im Parlament gibt. Zum einen haben wir genau dafür ein Parlament und zum anderen bedeutet ein verbindlicher Koalitionsvertrag, dass eben auch immer Kröten geschluckt werden müssen. Die Maut ist so ein Thema, auf das wohl nicht nur ich gerne verzichtet hätte.

Natürlich läge in einer solchen Zusammenarbeit auch ein Risiko. Aber es ist m.E. vor allem eine Riesenchance um der politischen Lethargie der großen Koalition wieder zu entkommen und das Parlament wieder zum Ort intensiver Diskussionen und der Entscheidungen zu machen! Warum bitte soll eine Regierung sich nicht im Parlament einer intensiven Diskussion stellen müssen und eine Mehrheit suchen müssen?

Sicher habe nicht nur ich etwas irritiert von den Thesen des Herrn Dobrindt in der Welt am 3.1. gehört bzw. das Interview mit ihm im HeuteJournal gesehen. In gewisser Weise bin ich aber froh, dass wieder kontroverse politische Debatten geführt werden, mir haben diese in den letzten Jahren doch sehr gefehlt. Eine große Koalition würde wieder zur Lethargie der letzten Wahlperiode führen. Die Stärke der AfD ist sicher in einem gewissen Umfang alleine hierauf zurückzuführen.

Eine große Koalition hätte zudem noch andere erhebliche Folgen, über die man schon nachdenken sollte. Die AfD wäre größte Oppositionspartei. Nach den bisherigen Spielregeln im Bundestag stünde ihr z.B. der Vorsitz im Haushaltsausschuss zu, ebenso das erste

Rederecht nach einer Rede eines Regierungsmitglieds. Ich möchte nicht, dass eine rechtspopulistische Partei eine solche Ehre zukommt. Ebenso wäre es m.E. falsch, die Geschäftsordnung des Bundestages wieder zu ändern, die AfD könnte sich dann weiter in der Benachteiligtenrolle gefallen.

Mein Fazit ist, lasst uns durchaus mal eine andere Art der Zusammenarbeit ausprobieren!

Ebenso dringend müssen wir uns überlegen, wie wir inhaltlich mit der AfD umgehen wollen. Sie nur auf die Rolle der Protestpartei zu beschränken, trifft m.E. nicht zu und ebenso nutzt es nichts, sich nur entsetzt ihr Wahlergebnis anzusehen. Neben dem klar extrem weit rechtsstehenden Flügel um Höcke und Maier gibt es auch einen eher nationalkonservativen Flügel, der in der CDU gefühlt keine Heimat mehr hat und eher Thesen der CDU aus den 80ern vertritt. Herr Dobrindt und die CSU sowie Teile der CDU versuchen anscheinend auf diesen Kurs einzuschwenken.

Meines Erachtens sollten wir sachlich dagegen argumentieren und versuchen, der Protestpartei sachlich inhaltlich das Wasser abzugraben und damit ggf. auch kontroverse Positionen zu einer weiter nach rechts gehenden CDU/CSU zu beziehen.

Ein schönes Beispiel aus Facebook ist eine mögliche Reform des Mordparagraphen im Strafgesetzbuch. Die heutigen Formulierungen waren rechtstheoretisch nie stringent und haben immer wieder in der juristischen Praxis zu Abgrenzungsproblemen bzw. zu unbilligen Konsequenzen geführt. Ebenso lassen Teile der Formulierungen eindeutig die Herkunft aus dem Dritten Reich erkennen. Wie die AfD auf diese Reformüberlegungen reagiert hat, kann sich wohl jeder denken, vereinfachende Stammtischparolen, wie „Benachteiligung

deutscher Staatsbürger“. Ob die Reformideen in der Form sinnvoll waren, will ich hier gar nicht erörtern, aber es wurde nicht mal diskutiert, die Ideen sind schlicht versickert, da auch Teile der CDU/CSU mit Stammtischparolen gegen eine Reform Stimmung gemacht haben.

Ich nehme z.Z. gar keine richtige Auseinandersetzung mit Thesen der AfD wahr, ganz im Gegenteil. Z.Z. springen alle auf die von der AfD hingehaltenen mutmaßlich bewussten Provokationen an. Frau von Storch oder Herr Maier posten unsachliche, unsägliche, beleidigende und ggf. strafbare Inhalte bei Facebook und Twitter. Aufgrund der misslungenen Regelungen im maßgeblich von Heiko Maas erarbeiteten neuen NetzDG, das m.E. verfassungswidrig ist, entfernen Facebook und Co diese Posts und die AfD kann jetzt Zensur behaupten. Ironie am Rande: auch das Satiremagazin Titanic wurde aufgrund des Gesetzes gesperrt. Ehrenwertes Ziel des Gesetzes ist es, Hass im Internet zu verhindern. Nur: mit Verboten und Löschungen überzeuge ich nicht, ganz im Gegenteil, die AfD kann sich hier sogar noch als Opfer darstellen. Was eine erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen das NetzDG für die AfD für ein Wahlkampfschlager wäre, kann sich wohl jeder selbst denken.

Matthias Kappey

Jubiliarehrung am 28.10.2017

Auf unserer gut besuchten Jubiliarehrung im Gartensaal des Rathauses haben wir für 10 Jahre Mitgliedschaft Abayomi Bankole, Christopher Finck, Alwin Förster, Gregor Terbuyken, für 25 Jahre Claus-Detlef Broich, für 40 Jahre Brigitte Jacobs, Annegret Seehausen, für 50 Jahr Gero Grube, Jürgen Jacobs, Gerhardt

Kleiner, Erna Kuemper, Jörg-Peter Kusserow und Marlies Rohrbach geehrt.

Rückblick auf die Jahreshauptversammlung

Am 26.10.2017 fand die Jahreshauptversammlung (JHV) unseres SPD-Ortsvereins Vahrenwald-List statt. Zwei Jahre nach dem Zusammenschluss der Ortsvereine List-Süd und Vahrenwald galt es, Bilanz zu ziehen über die bisherige Arbeit und einen neuen Vorstand zu wählen.

Bei der Kommunalwahl im Sep. 2016 haben wir trotz eines engagierten Wahlkampfes die rot-grüne Mehrheit in Stadtrat und Regionsversammlung verloren. Im Bezirksrat konnte sich die Koalition aus Grünen und SPD behaupten, auch wenn beide Partner Federn lassen mussten.

Auch bei der Bundestagswahl konnte unser aufwendiger Wahlkampf nicht die Niederlage der Bundes-SPD verhindern. Dagegen waren die Vorzeichen bei der Landtagswahl andere und trotz der intensiven Belastung durch die vorgezogene Neuwahl errangen wir in einem kampfeslustigen Wahlkampf

Ergebnisse wie in alten Zeiten (womit auch unser Potential umrissen ist, wie wir bei der MV zur Wahlauswertung feststellen konnten).

Die Listenaufstellungen und die Wahlkämpfe haben unseren Ortsverein zusammenwachsen lassen, ohne dass wir Zeit zum übermäßigen Nachdenken gehabt hätten. Dies war vermutlich eine glückliche Fügung, zumal unser Mitgliederzuwachs für sich spricht. Am Tag der Fusion am 05.11.2015 hatten wir 412 Mitglieder. Nach Aufarbeitung aller NichtzahlerInnen etc. waren es zum 31.12.2016 noch 392 Mitglieder. Am Tag der JHV am 26.10.2017 hatten wir 430 Mitglieder und sind wieder der mitgliederstärkste Ortsverein im SPD-Unterbezirk Region Hannover.

Nach dem Rechenschaftsbericht und Aussprache wurde der Vorstand mit großer Mehrheit entlastet. In den neuen Vorstand wählten die Mitglieder:

I. Geschäftsführender Vorstand:

Vorsitz: Thilo Scholz - stv. Vorsitzende: Alexandra Dzaack und Rolf Heise

Finanzbeauftragter: René Reith-Schäfer - Schriftführer: Christoph Hennig

Der Vorstand wählte noch zwei Personen aus dem Kreis der BeisitzerInnen in den gf. Vorstand: Gabriele Gerlach und Susanne Stucke.

II. Weitere Vorstandsmitglieder:

Weitere BeisitzerInnen sind: Uwe Gravert, Angelika Hoops, Matthias Kappey, Joana Kleindienst, Fuluk Liu-Rüsch, Jan Riemer, Ulrike Single und Oliver Waffender.

Aus dem Vorstand schieden auf eigenen Wunsch aus: Eva Bender, Marianne Heise, Patryk Kwitowski, Hans-Jürgen Meißner (er bleibt beratend im Vorstand durch sein Bezirksratsmandat), Aylin Saral,

Günter Strehlau und Cornelia Walter. Ihnen allen sei für ihr großes Engagement in den vergangenen Jahren gedankt.

Anschließend verabschiedete die JHV einvernehmlich einige Änderungsanträge zu unserer Ortsvereins-Satzung. Die Details zur Arbeit im Jahre 2018 sollen bei einer Klausur (13.01.) und einer erweiterten Vorstandssitzung (18.01.) festgelegt werden.

Thilo Scholz

---

die Lister Rotheute am 14.10. mit Stefan Weil

Zu den Sondierungsgesprächen

Liebe Genossinnen und Genossen,

erst einmal wünsche ich allen ein gesundes und glückliches Jahr 2018!

Politisch wird es sicher ein interessantes und spannendes Jahr, das wir gemeinsam erleben werden.

Auf unserem Parteitag haben wir Anfang Dezember beschlossen, ergebnisoffene Gespräche mit der Union zu führen und auf einem gesonderten Parteitag am 21.

Januar über die Ergebnisse dieser Gespräche informiert zu werden und abzustimmen, ob auf dieser erzielten Grundlage es zu Koalitionsgesprächen kommen soll. Sollte dies der Fall sein, werden alle SPD-Mitglieder am Ende der Koalitionsverhandlung die Möglichkeit haben, über einen Koalitionsvertrag abzustimmen. Der Weg ist also sehr offen und es wird jetzt darauf ankommen, welche unserer Inhalte die Union bereit ist mit uns umzusetzen. Es bleibt ein absolut offener Prozess, den wir auch hier in Hannover in gemeinsamen Gesprächen und Diskussionen mit begleiten werden.

Kerstin Tack

Gleichzeitig haben wir einen Leitantrag beschlossen, der Grundlage für die Sondierungsgespräche sein soll. Neben anderen Themen möchte ich einige hervorheben: Die Weiterentwicklung der Europäischen Union sowie einige gemeinsame Flüchtlingspolitik, die Digitalisierung der Arbeitswelt und Stärkung der Mitbestimmung und Tarifbindung, die Aufwertung sozialer Berufe, die Einführung von Familienarbeitszeit und Familiengeld, die Gebührenfreiheit und Erhöhung der Bildungsausgaben, die Sicherung des Rentenniveaus und die Solidarrente, die Bürgerversicherung, Investitionsausbau, Entlastung von Familien und stärkere Besteuerung von höheren Einkommen, das Einwanderungsgesetz und den Ausbau von Sprach- und Arbeitsmarktintegrationsmaßnahmen.

Für die Sondierungsgespräche sind folgende Themencluster vereinbart worden:

Finanzen/ Steuern, Wirtschaft/ Verkehr/ Infrastruktur/ Digitalisierung/ Bürokratie, Energie/ Klimaschutz/ Umwelt, Landwirtschaft/ Verbraucherschutz, Arbeitsmarkt/

Arbeitsrecht, Familie/ Frauen/ Kinder/ Jugend, Soziales/ Rente/ Gesundheit/ Pflege, Migration/ Integration, Innen/ Recht, Kommunen/ Wohnungsbau/ Mieten/ ländlicher Raum, Europa, Außen/ Entwicklung/ Bundeswehr, Bürgerbeteiligung/ Stärkung der Demokratie, Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen.

Herzlichst Eure

Kerstin Tack

Die Erneuerungen in unserem Stadtbezirk gehen weiter

Das neue Jahr hat gerade begonnen und schon stehen weitere Straßenerneuerungen für Vahrenwald-List auf der politischen Tagesordnung. Die Verwaltung schlägt vor, die Straßen Drostestraße, Göhrdestraße, Spichernstraße, Derfflingerstraße, Rolandstraße, Seydlitzstraße, die Nebenanlage Philippsbornstraße, die Nebenanlage Wöhlerstraße, die Nebenanlage Ferdinand-Wallbrecht-Straße einer Grundsanierung zu unterziehen, das bedeutet, dass der nicht mehr tragfähige und „schluffige“ Untergrund der Straße nach zum Teil über 40 Jahren entfernt und erneuert wird. Würde man nur eine neue Asphaltdecke auftragen, würden die Versackungen zu Rissen und ständigen Schäden führen. Es wurde immer kritisiert, dass zwar die Durchgangs- und Hauptverkehrsstraßen neu gemacht, aber die kleinen Straßen in den Quartieren vernachlässigt würden. Nun werden immer mehr kleinere Straßen instandgesetzt, jetzt protestieren zum Teil die Anwohner/innen dagegen. Das Problem ist, dass sich die Eigentümer/innen der Anliegerhäuser und -wohnungen gemäß der gültigen Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) an den Kosten beteiligen müssen. Als die Verwaltung in der Dezember-Bezirksratssitzung das geplante Programm der o.g. Straßen vorstellte, waren

viele Anlieger/innen gekommen und stellten ihre Fragen. Einige behaupteten, ihre Straße wäre doch vollkommen in Ordnung und müsste gar nicht saniert werden. Wir, die Bezirksratsfraktion müssen das nun in diesem Jahr entscheiden. Wir nehmen die Ängste vor einer hohen Rechnung der Bürger/innen sehr ernst, müssen aber auch da, wo es sinnvoll und notwendig erscheint sanieren lassen. Dazu wird unsere Bezirksbürgermeisterin Irma zu einer kleinen Fahrradtour einladen, um die Straßen vor Ort in Augenschein zu nehmen. Den Termin werden wir im Ortsverein bekanntgeben und jede(r) kann sich dann an der Tour beteiligen. Die Fraktion ist sehr an der Meinung unserer Mitglieder interessiert und deshalb laden wir euch herzlich dazu ein. Mehr Informationen über die geplanten Straßenbaumaßnahmen und über die STRABS findet ihr auf der Homepage der Stadt Hannover hier.

Thomas Bechinie

Viele Grüße und einen guten Start in das Jahr 2018 wünscht euch

Thomas Bechinie

Kinderarmut in Hannover gemeinsam bekämpfen.

Im Oktober 2017 wurde uns im Jugendhilfeausschuss der aktuelle Armutsbericht der Stadt Hannover vorgestellt (Informationsdrucksache 2414/2017). Insgesamt 23.664 aller in Hannover lebenden Kinder und Jugendliche beziehen derzeit Transferleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes. Prozentual leben in Hannover somit 28,7 % aller Minderjährigen in Haushalten mit Harz IV oder sonstigen Sozialleistungen, was zugleich einen Anstieg im Vergleich zu 2010 um mehr als 4 % darstellt. In unseren beiden Stadtteilen Vahrenwald und List sind 1.051 (34,4%) beziehungsweise 1.207 (18,2%) der insgesamt 9.353 in unserem Stadtbezirk lebenden Minderjährigen von Armut betroffen. Zahlen und Einzelschicksale die wir als SPD in Hannover nicht hinnehmen dürfen und für deren Bekämpfung wir uns als Ortsverein im Jahr 2018 stärker engagieren wollen. So sehr die Zahlen auf der einen Seite aufrütteln, so sehr könnte es beruhigen, dass unsere Stadt mit über 60, meist freiwilligen Maßnahmen versucht der Armutsentwicklung entgegenzuwirken und jährlich mehrere Millionen Euro in die Armutsbekämpfung investiert. Der im Jahr 2010 durch die SPD-Ratsfraktion initiierte „Hannoversche Weg“ (Drucksache-Nr. 0771/2010) stellt hierbei die kommunale Strategie dar, die hauptsächlich darauf abzielt, Teilhabe trotz Armut in Hannover zu ermöglichen. Familien, die Transferleistungen erhalten, sollen frühestmöglich unterstützt und Teilhabe ermöglicht werden. Maßnahmen wie der Hannover-Aktiv-Pass (HAP), das neue Familienhebammen-Zentrum oder die Ausgabe von Sportgutscheinen zum kostenfreien Vereinssport sollen die Folgen von Armut so früh wie möglich abmildern.

Infolge der hohen Armutszahlen habe ich mich als jugendpolitischer Sprecher in den letzten Monaten intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt und an

mehreren themenbezogenen Veranstaltungen des SoVD, der AWO, der FES oder auch des Deutschen Jugendinstituts in Berlin teilgenommen. Die Symptome von Armut zeigen einen immer wiederkehrenden Teufelskreis auf. Wächst ein Kind in Armut auf, führt dies häufig zu sozialer, gesundheitlicher und bildungsbezogener Benachteiligung, welche später oftmals in schlechtere berufliche Chancen und Desintegration münden. Besonders erschrocken haben mir die Zahlen des sog. Sozioökonomischen Panels (SOEP), die zeigen, dass der Einkommenszuwachs der 40 Prozent mit den geringsten Einkommen seit 1991 hinter dem durchschnittlichen Einkommensanstieg der Bevölkerung zurückblieb, trotz Wirtschaftsaufschwung (BIP stieg bis 2014 um 26% an) und niedriger Arbeitslosenquote.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass sich unser Ortsverein in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit dem Thema Armutsbekämpfung und Chancengerechtigkeit auseinandersetzt und freue mich auf Ideen und handlungsleitende Impulse für unsere Stadt. Behält man die jeweiligen politischen Ebenen und ihre Steuerungsinstrumente im Blick, so wünsche ich mir am Ende des Prozesses vier „Pakete“ (für Stadt, Region, Land und Bund) mit Ideen und Forderungen, die unserer Partei und insbesondere uns gewählten Verantwortungsträgern mitgegeben werden können. Wir können Armut nur gemeinsam bekämpfen, indem wir unsere Verbündeten aus der Zivilgesellschaft und die Betroffenen selbst mit einbeziehen und

spezifische Forderungen ableiten. Maßnahmen wie die Kindergrundsicherung oder der beitragsfreie Kita-Platz zeigen, dass wir als SPD vor allem Mut brauchen, um neue Konzepte zu entwickeln. Vom Engagement unserer Mitglieder erhoffe ich mir, das wir konkrete Ziele und Maßnahmen benennen und im Anschluss mit der Partei, mit Verbänden und mit der Öffentlichkeit in den Dialog treten zu können. Denn alle Kinder und Jugendliche in Hannover haben ein Recht auf gute Bildung, Teilhabe und Gesundheit.

Christopher Finck

„Mann in den Wolken“?

In den Zeitungen waren in den letzten Wochen diverse Kommentare und Artikel die sich im Kern letztlich auf ein Thema konzentrieren: Die Führung des Rathauses.

Besonders deutlich wurde dies in einem Artikel in der HAZ von 16.12.2017 mit der Überschrift „Mann in den Wolken“. Aber auch in den Artikeln zu der Personalie „Harald Härke“ blitzte das Thema indirekt natürlich immer auf.

Ohne Frage lässt sich bereits jetzt festhalten, dass die letzten Monate nicht immer einfach für die SPD in Hannover, aber auch für Stefan Schostok waren. Und vermutlich wäre es auch zu einfach, schlicht nur eine Person, in diesem Fall Stefan Schostok, als alleine Verantwortlichen für etwaige Probleme darzustellen. Die Artikel sind Euch vermutlich auch aufgefallen und wir werden das Thema sicher in einer der nächsten Vorstandssitzungen erörtern, denn ich bin wahrscheinlich nicht der einzige verwunderte.

Die Kritik wiegt zu schwer, um sie einfach zu ignorieren und gleichzeitig streut sie Unruhe, so dass sie auch aus diesem Grund besprochen und geklärt werden

sollte. Aber: in Kritik liegt immer auch etwas Positives. Man kann sie nutzen, um in Zukunft besser aufgestellt zu sein.

Wir haben bei den letzten Wahlen sowohl in der Stadt als auch im Stadtbezirk einen deutlichen und fortlaufenden Stimmenverlust hinnehmen müssen. Hierüber wurde schon viel geschrieben und gesprochen. Umso interessanter fand ich das Ergebnis der Landtagswahl. Sarah Sinram hat zur Bundes- und Landtagswahl auf einer Mitgliederversammlung ausführlich vorgetragen. Die Wahlergebnisse zwischen beiden Wahlen lagen in unserem Ortsvereinsgebiet in vielen Wahllokalen zum Teil drastisch auseinander. Dies zeigt mir sehr deutlich, dass wir unser Wählerpotential sowohl in der Stadt als auch im Stadtbezirk nicht ausnutzen. Nur auf den Wechsel von Frau Twesten dürfte sich dieser Wahlerfolg nicht zurückzuführen lassen, sondern offensichtlich auch in ordentlich bewerteter Arbeit der Landesregierung.

Natürlich passieren auch in der Stadt Hannover Fehler (z.B. Steintorbebauung) bzw. Sachentscheidungen bedingen z.T., dass es trotz eventueller Ausgleichsversuche ggf. zumindest gefühlte Verlierer gibt, wie z.B. bei der Linienführung der D-Linie o.ä. Aber wie schon geschrieben: Im Nutzen der Kritik liegt eine Chance, besser zu werden! Und genauso sollten Stefan Schostok, die Ratsfraktion und der Stadtverband mit den Artikeln und Kommentaren umgehen.

Matthias Kappey

Termine Januar bis April 2018

13.01.18, 9:00-16:00h Klausurtagung des Ortsvereins zum Thema Armutsbekämpfung, Gemeindehaus der Heilig-Geist-Kirchengemeinde, Plüschowstr. 4 – weitere Infos s.u.

18.01.18, 19:00h Offener OV-Vorstand*, weitere Infos s.u.

23.01.18, 19:00h Neumitglieder-Tutorium zum Thema „Region Hannover“ mit Walter Richter und Conny Busch*

28.01.2018, 11:00h Eiswette am Mittellandkanal-Kanu Gemeinschaft List, Lister Damm 67

07.02., 20:00h Stammtisch in der Kneipe „Fiedel“, Jakobistr. 51

15.02.18, 19:30h Gf. OV-Vorstand**

22.02.18, 19:30h Offener OV-Vorstand*

20.02., 19:00h Abend für neue und zugezogene Mitglieder*

07.03., 20:00h Stammtisch in der Kneipe „Fiedel“, Jakobistr. 51

08.03. Internationaler Frauentag – weitere Infos über Aktionen des OV folgen

12.03., 17:30h Kleiner Parteitag des SPD-Stadtverbandes Hannover

13.03.18, 20:00h Gf. OV-Vorstand**

15.03.18, 19:30h Mitgliederversammlung, u. V. Gemeindehaus der Heilig-Geist-Kirchengemeinde, Plüschowstr. 4 – weitere Infos s.u.

22.03.18, 19:30h Offener OV-Vorstand*

23.03., 16-17:30h Verteilaktion Frühjahrsgruß am Vahrenwalder Platz (bei der Bäckerei Kasper)

24.03., 11:00-13:00h Verteilaktion Frühjahrsgruß in der Lister Meile – Ecke Körtingstr. (beim Körtingbrunnen)

04.04., 20:00h Stammtisch in der Kneipe „Fiedel“, Jakobistr. 51

08.04., ca. 10:00h Hannover-Marathon – mit SPD-Stand

14.04., 11:00-13:00h Infostand am Vahrenwalder Platz (bei der Bäckerei Kasper)

19.04.18, 19:30h Gf. OV-Vorstand**

26.04.18, 19:30h Offener OV-Vorstand*

* Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92

** Ort auf Anfrage

Besondere Terminhinweise:

KLAUSURTAGUNG AM 13.01.

In diesem wahlkampffreien Jahr wollen wir im Ortsverein das Schwerpunktthema Armutsbekämpfung bearbeiten. Den Auftakt bildet unsere Klausurtagung, für die wir

- Lars Niggemeyer (einer der drei Sprecher der Landesarmutskonferenz und beim DGB Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt zuständig für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) und
- Dr. Silke Mardorf (Sozialplanerin der Stadt Hannover mit eine der beiden Autorinnen des Berichtes „Armut in Zahlen“ in Hannover)

als ReferentInnen gewinnen konnten. Die Klausur dauert von 9:00 bis ca. 16:00 Uhr und findet im Gemeindehaus der ev.-luth. Heilig-Geist-Kirchengemeinde in der Plüschowstr. 4 statt. Anmeldungen bitte richten an thiloscholz@yahoo.de.

OFFENER OV-VORSTAND AM 18.01.

Bei der Jahreshauptversammlung im Okt. wurde ein neuer Vorstand gewählt. Bei unserer auf drei Stunden ausgedehnten Sitzung im Januar wollen wir die Aufgaben des Ortsvereins besprechen und die Zuständigkeiten festlegen. Dazu wäre eine breite Teilnahme nicht nur von Vorstands-, sondern von allen Mitgliedern wünschenswert. Beginn ist um 19:00 Uhr, Ort das Freizeitheim Vahrenwald.

DIE EISWETTE AM MITTELLANDKANAL AM 28.01.

„Wetten, dass…“ …der Mittellandkanal zufriert? – So lautet die Frage auf dem Wettschein, der für 5 Euro erstanden werden kann. Unter den richtigen Antworten werden viele attraktive Preise verlost. Die Erlöse kommen komplett Jugendprojekten in unseren Stadtteilen zugute.

Diesmal findet die Einlösung der Eiswette am letzten Sonntag im Januar um 11:00 Uhr statt. Bei Live-Musik, Bratwurst und Glühwein auf dem Gelände der Kanu Gemeinschaft List, Lister Damm 67.

Wettscheine können auch per Überweisung gekauft werden. Einfach 5 Euro pro Wettschein bis zum 21.01. auf das Konto der SPD Vahrenwald-List (SK Hannover, IBAN DE31 2505 0180 0000 5861 02) mit Adresse und dem Stichwort AUF oder ZU überweisen.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 15.03.

Bei der Mitgliederversammlung wollen wir den Finanzbericht des Kassierers entgegennehmen, Delegierte für den außerordentlichen UB-Parteitag am 21.04. wählen und an unserem Schwerpunktthema Armutsbekämpfung weiterarbeiten.

Die MV beginnt am 15.03. um 19:30 Uhr, der Ort steht noch nicht fest (eventuell die Heilig-Geist-Kirchengemeinde).

Kontaktdaten OVV Vahrenwald-List
Stand: 01.01.2018

In der Version für das Internet entfernt.

Der Ortsverein im Internet: www.spd-list-vahrenwald.de
und unter Facebook https://www.facebook.com/SPD-OV-Vahrenwald-List-163504777056346/

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thilo Scholz, Vorsitzender SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, Odeonstraße 15 /16, 30159 Hannover

E-Mail: info@spd-list-vahrenwald.de

Redaktion: Thilo Scholz, René Reith-Schäfer, Matthias Kappey

Layout und Satz: Matthias Kappey

Druck: SPD-Druckerei, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Auflage: 460 Exemplare

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 04.01.2018